

Dübendorf, 4. Oktober 2025

Medienmitteilung: EDU fasst Abstimmungsparolen für 30.11.2025

Die EDU hat an ihrer Delegiertenversammlung vom 2. Oktober folgende Parolen gefasst.

Nein zur Erhöhung des Kantonsbeitrags für die Prämienverbilligung

Die Erhöhung des Kantonsbeitrags bringt Mehrkosten von jährlich 50 Millionen Franken mit sich. Sie nützt allerdings nichts, da der Betrag, der für Individuelle Prämienverbilligungen zur Verfügung steht, bereits ausreichend ist. Dieser würde nur an Leute verteilt, die es nicht wirklich nötig haben. Die Haltung der EDU ist eine andere: die Verteilung der verfügbaren Gelder muss verbessert werden. **Darum lanciert die EDU die kantonale Volksinitiative «Keine Krankenkassenprämien für Kinder aus bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen»**, für welche die Sammelfrist am 17. Oktober beginnt. Die Initiative fordert, dass in Familien, die Anspruch auf IPV haben, für die Kinder die volle Krankenkassenprämie übernommen wird. Dies ist bisher nicht der Fall, es werden nur 80% der Prämie übernommen. Die vorgeschlagene Gesetzesänderung, über die am 30. November abgestimmt wird, würde in diesem Bereich nichts verbessern.

Nein zu «Für ein Grundrecht auf digitale Integrität», **Ja** zum Gegenvorschlag

Die Initiative stösst in der EDU zwar auf Sympathie, da die Bedenken zur Digitalisierung (fehlende Datensicherheit, Zwang zur Nutzung von elektronischen Angeboten, Ausschluss älterer Menschen, Gefahr von Zensur und Überwachung) durchaus ernst genommen werden müssen. Die Anliegen der Initiative sind jedoch zu einem erheblichen Teil in der bestehenden Gesetzgebung bereits umgesetzt. Ausserdem müssten gewisse Forderungen auf Bundesebene angegangen werden. Darum empfiehlt die EDU die Initiative abzulehnen und dem Gegenvorschlag zuzustimmen.

Nein zu «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich», **Ja** zum Gegenvorschlag

Die Initiative, die ein Vorkaufsrecht von Wohnimmobilien für Gemeinden einführen würde, würde zu keiner einzigen neuen Wohnung führen. So löst sich das Problem der Wohnungsknappheit nicht. Der Gegenvorschlag des Kantonsrats hingegen, der durch Zurverfügungstellen von Finanzmitteln den günstigen Wohnungsbau fördern will, führt tatsächlich dazu, dass mehr gebaut werden kann. Darum unterstützt die EDU klar den Gegenvorschlag und lehnt ebenso klar die Initiative ab. Gleichzeitig ist für die EDU klar: die Wohnungsknappheit hat ihren Ursprung darin, dass einerseits zu wenige Personen in zu grossen Wohnungen wohnen (Problem der «Single-Haushalte») und dass andererseits zu viele Personen in die Schweiz einwandern.

Ja zur «Mobilitätsinitiative»

Zu einem früheren Zeitpunkt hat die EDU bereits die Ja-Parole zur Mobilitätsinitiative beschlossen.

Kontaktperson:

Pfr. Jann Flütsch
Geschäftsführer EDU Kanton Zürich
Am Wasser 26
8600 Dübendorf
Telefon: 052 222 42 61
Mobil: 079 630 16 09
E-Mail: jann.fluetsch@edu-zh.ch

Weitere Informationen: Die EDU setzt sich aus Christen verschiedener Bekenntnisse zusammen. Sie wurde 1975 gegründet und ist seit 1978 in kantonalen und kommunalen Behörden und von 1991 bis 2011 und erneut seit 2019 im Nationalrat vertreten. Die EDU versteht sich als unabhängige Partei mit bürgerlicher Ausrichtung, die sich der Wahrheit verpflichtet sieht. Sie finanziert sich durch Mitgliederbeiträge und Spenden.